

Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 472.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion, Telephon 177. Eing. Fr. Brauhausstr.
Verantwortl. Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren f. d. festgesetzte Zeitdauer oder deren Raum i. Halle a. S. den Saalkreis 20 Pf., auswärts 30 Pf., Resten am Schluß des Rechnungsjahrs die Zeit 100 Pf., Abgabegebühren f. d. Expedition in Halle a. S. u. in allen anderen bekannten Anzeigen-Expeditionen.

Dienstag, 8. Oktober 1907.

Geschäftsstelle in Berlin, Dessauerstraße 14.
Telephon-Amt VI. Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 8. Oktober.

Aus Karlsruhe.

Nach der Beisetzung des Großherzogs am 7. d. M. begann um 1/2 Uhr im Schloße die Tafel, und zwar im oberen Galleriefluge und dem Gartenlaube. Die Tafel, an der die anwesenden Fürstlichkeiten teilnahmen, zählte 70 Gedecke, die Marischalltafel etwa 270. In der Mitte der Tafel saß der Kaiser, rechts von ihm Großherzogin Silda, der Kronprinz von Sachsen, Prinzessin Friedriche Karl von Hessen, Prinz Gustav Adolf von Schweden, Prinzessin Annette zu Fürstentum, der Kronprinz von Rumänien, der Großherzog von Hessen und Prinz Heinrich von Preußen, links vom Kaiser die Herzogin Friedriche von Anhalt, Erzherzog Leopold Salvator, die Herzogin Johanna Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Ludwig von Bayern, Prinz Wilhelm von Schweden, der Großherzog von Sachsen-Weimar, Prinz Eitel Friedriche und Prinz Adalbert. Dem Kaiser gegenüber saß der Großherzog von Baden, rechts von diesem der König von Württemberg, die Herzogin Maria von Württemberg, der Herzog von Connaught, Prinz Albert von Belgien, der Kronprinz des Deutschen Reiches, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Oskar von Preußen; links vom Großherzog von Baden saß der König von Sachsen, Prinzessin Mar, Großfürst Nikolaus Michailowitsch, die Fürstin zu Fürstentum, Prinz Heinrich der Niederlande, Prinz Max von Baden, der Großherzog von Oldenburg und Prinz August Wilhelm von Preußen. Die Maj. der Kaiserin lag gegen 4 Uhr nach herlicher Verabschiedung vom Großherzog Konstantin verließen. Auf dem Bahnhofs waren außer dem Großherzog erschienen die Grafen v. Gfendener und Graf Berthelm und die Generale Freiberger von Göttingen und Graf von Weibitz. Kurze Zeit darauf reiste der Kronprinz ab. — Der König von Württemberg verließ Karlsruhe gegen 5 Uhr nachmittags. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhofs der Großherzog und Prinz Max von Baden erschienen. — Der König von Sachsen reiste kurz nach 8 Uhr ab. — Der Reichsfänger Fürst von Bülow trat ebenfalls gleichfalls die Reise an.

Kultusminister Dr. Holtz und die Lehrer.

Kultusminister Dr. Holtz hat einer Abordnung des preussischen Lehrervereins und einer solchen des preussischen Lehrervereins eine Audienz gegeben. Die Abordnung, die im Anschluß daran auch dem Finanzminister Vortrag halten durfte, unterbreitete den Ministern die Wünsche der preussischen Lehrerschaft, vor allem diejenigen nach Verbesserung der Gehälter. Ueber die Aussichten, die den Lehrern bei dieser Gelegenheit eröffnet wurden, will das „A. Z.“ erfahren haben. Hinsichtlich der Besoldungsfrage haben die Lehrer, daß der Minister die Besoldung der preussischen Lehrerschaft in Erwägung ziehen und erfüllen wird. Der Minister erklärte an, daß die Besoldung unzureichend und eine Verbesserung erforderlich sei. Die Vorbereitungen zu der Neueinstellung seien im besten Gange. Doch würden Gehälter in der erbetenen Höhe nicht bewilligt werden können. Der Minister betonte auch, daß es richtig sei, eine gleiche Besoldung für alle Lehrer zu fordern. Die Besoldung über die Besoldung der preussischen Lehrerschaft sei einmal in der Besoldung und in der Gehaltsfrage über die Lehrerbeförderung und werde schließlich festgestellt werden können. Auch sei es wichtig seine Meinung, daß es ein Interesse sei, ob man in einer großen Stadt oder auf dem Lande wohne. Die Durchführung dieses Punktes werde nur möglich sein, wenn die Staatsschule eingeführt werde, in Preußen sei aber die Volksschule Gemeindefunktion. Zur einseitigen Mithaltungen über die Neueinstellung der Besoldung könnten nicht gemacht werden, da die Verhandlungen darüber noch schwebten. Es soll aber eine wesentliche Verbesserung der Lehrereinkommen herbeigeführt werden, so daß wirklich auskömmliche Gehälter gezahlt werden. Die Lehrerschaft könne Vertrauen zu der Unterrichtsverwaltung haben, die von den besten Absichten erfüllt sei.

Die Feuerung und die Beamtenbesoldung.

Der „Preussische Beamtenverein in Breslau“ hat sich durch die erhebliche und noch stetig zunehmende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse veranlaßt gesehen, eine Festschließung der prozentualen Preissteigerungen vorzunehmen, welche die wichtigsten Lebens- und Gebrauchsgegenstände in den letzten zehn Jahren (1896 bis 1906) erfahren haben. Als Grundlage hierfür dienen die Auskünfte, die bei Firmen und Geschäftsführern eingeholt sind, sowie die von Vereinsmitgliedern seit vielen Jahren gesammelten Wirtschaftsbücher. Die „Schl. Ztg.“ bringt über die Ergebnisse Mitteilungen, denen wir folgendes entnehmen: Die Preissteigerungen für Brot, Fleisch und Milch brauchen nicht ermittelt zu werden, da aus anderen Erhebungen feststeht, daß sie um 10 bis 20 v. H. gestiegen sind. Von den sonstigen Lebensmitteln sind teurer geworden Butter um durchschnittlich 25 v. H., Eier sind um 25, Kartoffeln um 22, Weizen um 10, Obst um 14, Hülsenfrüchte um 27 bis 35, Getreide um 11 bis 20, Stroh um 45, Samen um 27, Weizen um 17, Gerste um 20 v. H. Die Preise für Feuerungsmaterial sind um 15 bis 22, für Hausgeräte um 15 bis 20 v. H. in die Höhe gegangen. Die Steigerung der Löhne für Hilfspersonal beträgt bei den Diensthilfen 25 v. H. (in Berlin mehr), bei den Hausarbeitern 33 1/2 v. H. Bei der Wäschevereinigung ist der Lohn der Wäscherin um 33 1/2 bis 60 v. H., der Preis der Seife um 60 v. H. gestiegen. Ebenso erfordert die gesamte Kleidung erheblich höhere Ausgaben. Männer- und Kinderhüte sind um 10 bis 25, Frauenhüte um 30, Leinwand um 33 1/2, baumwollene Unterwäsche um 20 bis 25, wollen um 10 bis 25, Oberbekleidung um 20 bis 50, Schuhwerk um 10 bis 25, Schirme, Handtasche und dergleichen um 25 bis 28 v. H. teurer geworden. Außerdem sind die Wohnungen im Preise gestiegen (um fast 25 v. H.), das Schulgeld ist um 20 v. H. erhöht, die Bücher sind durch Wegfall des Abdrucks um 5 bis 10 v. H. teurer geworden. Ebenso haben sich die Metzgerei- und Fleischerpreise sowie die der Kirchenrenten erhöht. Von den Löhnen dieser Preissteigerungen fällt besonders eine ins Gewicht, nämlich das ungemein starke und rasche Ansteigen der Arbeitslöhne in allen Betrieben und Geschäftsbereichen. Die Manufaktur- und Gewerbebetriebe vermögen die Steigerungen der Arbeitslöhne und Rohmaterialpreise durch fortschreitende Preissteigerungen für ihre Waren und Arbeitsleistungen auszugleichen. Die Arbeiter dagegen trifft die zunehmende Verteuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse, die übrigens im Jahre 1907 noch erheblich Fortschritte gemacht hat, alle festzulegenden und Privatbeamten, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind und denen es dabei wegen ihrer Berufs- und sozialen Stellung unmöglich ist, mit der Lebenshaltung unter ein bestimmtes Niveau zurückzugehen. Die Veröffentlichung dieser statistischen Erhebung kommt gerade zur rechten Zeit. Sie wird hoffentlich bei den einkünftigen Verhandlungen in den Ministerien noch die gebührende Beachtung finden.

Die abnungslosen Zentrumsblätter.

Die Revocatio des Abgeordneten Sieber vom ultramontanen „Bayer. Kur.“, der jetzt seine Verbindungen gegen den General Keim zurücknahm, weil er plötzlich entdeckt hat, daß ihm die Unterlagen fehlen, veranlassen die „Germania“ zu der Bemerkung: „Da der „Bayer. Kur.“ sehr unvorsichtig auftrat und wiederholt versichert, Beweise für alle seine Behauptungen zu haben, haben wir diese für glaubhaft gehalten und zum Teil wiederholt veröffentlicht. Dätten wir abnen können, daß seinen Gewährsmännern jede tatsächliche Unterlage fehle, hätten wir es selbstverständlich nicht getan.“ Man merkt der „Germania“ ordentlich den Mergel über diese Revocatio Siebers an. Dagegen legt die „All. d. Volksz.“ trotz der Erklärung des „Bayer. Kur.“ ihre gegen den Flottenverein gerichtete Heftigkeit fort. In der hiesigen Erklärung schreibt sie: Durch die Zurücknahme der peränlich bezüglichen Behauptungen kann an der Bewertung der politischen Wahlagitation des Flottenvereins natürlich nichts geändert werden. Im übrigen scheint General Keim den Vorwurf, die Briefe seien ihm gestohlen worden, stillschweigend fallen gelassen zu haben, inwiefern hat man von dem gerichtlichen Verfahren in dieser Angelegenheit seit den Reichstagswahlen nichts mehr gehört. Es war einmal Termin anberaumt, aber da niemand erschienen war, wurde er auf unbestimmte Zeit verschoben.“ Die „All. d. Volksz.“ sollte doch zurecht sein, wenn die ultramontanen Scheinbeweise nicht weiter mit der Katrone beleuchtet werden. Oder will sie etwa behaupten, der „Bayer. Kur.“ sei auf einmündige Weise zu den heimlichen Briefen gelangt?

* Fürst Hohenlohe Abschiedsbesuch. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, hat der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst zu Hohenlohe, mit Rücksicht auf sein hohes Alter sein Abschiedsbesuch eingereicht. Als sein Nachfolger ist der deutsche Votschafter in Wien, v. Wedel, auszuwählen, der durch den Staatssekretär des Reiches v. Tschirschky ersetzt werden soll. Die Leitung des auswärtigen Amtes in Berlin übernimmt der Votschafter in Petersburg, v. Schoen.

* Zum Besuch des Kaiserpaars in Holland. Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich der Niederlande besichtigen, Ihre Majestäten den deutschen Kaiser und die Kaiserin aus Anlaß ihres Besuchs in Holland bei der Landung in Wilfringen zu begrüßen.

* Der Vorstand des preussischen Schiedsgerichts wählte in seiner am Montag unter dem Vorhabe des Oberbürgermeisters Kirchhner in Berlin abgehaltenen Sitzung an Stelle des ausgeschiedenen Oberbürgermeisters Peter-Albin Oberbürgermeister Marx-Bühndorf, als zweiten Vorsitzenden Oberbürgermeister Wender-Breslau. Ferner wurde die Einreichung einer Petition an den zuständigen Minister wegen der Aufhebung des Beamtensteuerprivilegs beschlossen. Der nächste

preussische Städtekongress soll im Oktober 1908 in Königsberg stattfinden.

* Die staatliche Hilfe für Düpreußen. Die Untersuchung über die bestragte Lage der ostpreussischen Landwirtschaft wird sich, wie die „Deutsche Tagesz.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, sowohl auf dauernde wie auf zeitweilige Maßnahmen erstrecken, durch welche den besonderen Bedürfnissen der Provinz Rechnung getragen werden könnte. Inner den vorübergehenden Maßnahmenregeln können in erster Linie kostgünstige Eisenbahntarife für Saatgetreide und Futtermittel in Frage. Was den dauernden wird eine Erhöhung der Provinzialabgaben voranschaulich gleichfalls ins Auge gefaßt werden. Verschiedene Vorschläge zur Gleichförmigkeit der Landarbeiter u. a. m. dürfen jetzt einer beschleunigten Bearbeitung über sein.

Ausland.

Die Friedenskonferenz in Haag.

Die erste Kommission setzte am Montag die Beratung des Entwurfs des obligatorischen Schiedsgerichts fort und nahm mehrere Artikel an. Von den in Artikel 16b enthaltenen Fällen einer obligatorischen Schiedsprechung sind 7 Fälle mit 20 gegen 9 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen worden. Die Diskussion über diese Fälle und noch mehr über die weiteren in Artikel 16d angeführten zeigte, welche große Meinungsverschiedenheit in dieser Beziehung auch unter den Delegierten herrscht, welche Sonnabend für die ersten zwei generellen Artikel des Entwurfs gefasst haben. — Die Verhandlungen über ein Schiedsgericht wurden nachmittags zu Ende geführt. Bei der Abstimmung über den gesamten Vorschlag stimmten gegen ihn neun Staaten, und zwar Deutschland, Österreich-Ungarn, die Schweiz, Belgien, Rumänien, Griechenland, die Türkei, Bulgarien und Montenegro. Der Abstimmung enthielten sich Italien, Japan und Luxemburg; Rußland machte Vorbehalte. Die für die Konferenzbeschlüsse erforderliche „quasi unanimität“ ist daher nicht erreicht worden.

Dehreich-Ungarn.

Verbotener Demonstrationen in Ungarn.

Der ungarische Minister des Innern hat die Entschiedenheit des Budapesters Reichstages, welche den Sozialdemokraten den Demonstrationen über dem Parlament am 10. Oktober verbietet, bestätigt.

Handelsminister Kossuth und die Auslandsverhandlungen.

Handelsminister Kossuth berührte bei der Rede, die er am 7. d. Mts. bei der Entschiedenheit des Parlaments für die Auslandsverhandlungen in Kormend hielt, auch die Auslandsverhandlungen. Das lange Zeit fast unloslich erscheinende Problem, daß nämlich alle Ansprüche, die in eigener Lage von Ungarn an Österreich gestellt wurden, befriedigt werden, ist nun gelöst. Der Ausgleich für die Ungarn wie für Österreich günstig, dabei wollte er (der Minister) gleichzeitig betonen, daß bei dem Ausgleich der Standpunkt, den die Mehrheit der Nation vertritt, nicht aufgegeben werden sei. Die Auslandsverhandlungen sollen bis zur demnächstigen Einbringung im Abgeordnetenhaus gehen gehalten werden, damit nicht durch die Veröffentlichung von Einzelheiten das Urteil über den Zusammenhang des ganz-ähnlich erachtet werde.

Italien.

Die abessinische Gesandtschaft

wurde am Montag vom Papst in feierlicher Audienz empfangen und statete später dem Kardinal-Staatssekretär Merry del Val einen Besuch ab.

Frankreich.

Zu den Vorgängen in Marokko.

Der Minister des Auswärtigen, Bihon, empfing am 7. d. M. den spanischen Votschafter del Yuni und besprach mit ihm die Förderung des marokkanischen Staatspräsidenten Gebens bezüglich der Operationen gegen El Agghi.

Belgien.

Die parlamentarische Kongresskonferenz

hielt am 7. er. unter dem Vorhabe des stammerspräsidenten Schollaert eine Sitzung ab. Der Kongress bringt ein Amendement zu Artikel 9 der Regierungsvorlage betreffend den Kongress vor, wonach Gesandtschaften betreffend Anleihen den Kammer vorgelegt und, wenn sie dazur sind, daß sie Belgien verpflichten, die Abstimmung des Parlaments unterworfen werden müssen. Von den Liberalen Symons und Waffin werden ebenfalls Amendements vorgelegt, wonach jene Anleihen oder wichtiger Garantie ebenfalls bewilligt werden könne als Kraft eines Gesetzes. Staatsminister Bernart bringt ferner ein Amendement vor, die sich zum Teil an Bestimmungen der Generalakte von Berlin anlehnen. Die Amendements betreffen die Rechte der Eingeborenen, die Sicherheit ihrer Habe, die Forderung der religiösen Freiheit, die Freiheit der Presse, die Freiheit des Unterrichts, den Schutz der Eingeborenen gegen willkürliche Maßnahmen und die Verbesserung ihrer moralischen und materiellen Lage. Van der weide (Socialist) unterstützt die Amendements des Staatsministers Bernart. Schließlich wird ein Vorschlag der Senatskommission, der darauf ausgeht, das Budget des Kongress der Abstimmung der Kammer zu unterwerfen, mit 9 Stimmen gegen 7 abgelehnt und der Text der Regierung, welcher bestimmt, daß das Budget durch den König festgesetzt werden soll, in demselben Stimmverhältnis angenommen.

Portugal.

Die „schwebende Schuld“.

Einige deutsche Blätter haben kürzlich die Zahlen der „schwebenden Schuld“ Portugals im Monat August dieses Jahres

